

blickpunkt **TS**

DAS MAGAZIN DER CDU TEMPELHOF-SCHÖNEBERG



Politikwechsel für Deutschland.

Supermarktbebauung – Berlins verstecktes Potenzial Seite 5

Neustart in der Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum Seite 7

Sanierung Ankogelbad und T-Damm schreiten voran Seite 13/14



Ihr Besuch im Deutschen Bundestag Werfen Sie einen Blick hinter die Kulissen

Einen Blick hinter die Kulissen wagen – Jahr für Jahr laden Bundestagsabgeordnete Bürgerinnen und Bürger aus ihrem Wahlkreis für einen Tag in das Regierungsviertel ein. Diese werden den ganzen Tag von einem Reisebus begleitet. Kosten fallen keine an.

Die Gäste erhalten eine Führung durch den Bundestag und diskutieren mit ihrem Abgeordneten aktuelle politische Themen. Darüber hinaus stehen verschiedene Ministerien, kulturelle Sehenswürdigkeiten, ein Mittagessen und eine Stadtrundfahrt auf dem Programm.



In Tempelhof-Schöneberg wohnhafte Berlinerinnen und Berliner können sich mit Namen, Geburtsdatum und Adresse anmelden – per E-Mail an jan-marco.luczak@bundestag.de oder telefonisch unter der 030-227 71 868.

liebe Lesenden, liebe Leser,

Deutschland hat endlich wieder eine handlungsfähige Regierung. Bundeskanzler Friedrich Merz und sein Kabinett kommen in herausfordernden Zeiten ins Amt. Die neue Bundesregierung muss nun schnell ins Handeln kommen, um neues Wachstum und Beschäftigung zu schaffen, die illegale Migration zu stoppen und international wieder stark und verlässlich zu werden.

Die Erwartungen an unser Land sind groß: als wirtschaftlicher Anker und Motor, als Partner in Europa und in der Welt. Nur wenn Europa stark und einig ist, können wir Frieden, Freiheit und Wohlstand auf unserem Kontinent dauerhaft bewahren. Es ist gut, dass Friedrich Merz bei seinen Antrittsbesuchen in Paris und Warschau deutlich gemacht hat, dass Deutschland künftig wieder eine führende Rolle in der Europäischen Union einnehmen und dabei auch bei der Unterstützung der Ukraine eine starke Achse mit unseren engsten Verbündeten Frankreich und Polen bilden wird. Die Erleichterung, dass die farb- und akzentlose Europapolitik der Ampel nun ein Ende gefunden hat, ist in den Hauptstädten Europas deutlich spürbar. **Deutschland bekommt mit Friedrich Merz als Bundeskanzler eine starke Stimme in Europa und der Welt.** Das ist angesichts der erratischen Zoll- und Sicherheitspolitik von Donald Trump auch notwendig.

Diese hat in den letzten Wochen zu wirtschaftlichen Turbulenzen und Verunsicherung geführt. Ein hoffnungsvolles Signal ist es, dass Friedrich Merz in einem ersten Telefonat mit dem amerikanischen Präsidenten sogleich eine engere Zusammenarbeit in der Ukrainepolitik erreichen konnte. Europa darf nicht nur Zaungast sein, wenn es um einen möglichen Friedensschluss in der Ukraine und die zukünftige Sicherheitsarchitektur auf unserem Kontinent geht.



Gleichzeitig einigte man sich darauf, die bestehenden Zollstreitigkeiten rasch beilegen zu wollen. Beides liegt im vitalen Interesse unseres Landes.

Der Politikwechsel kommt – Kontrollen und Zurückweisungen an den Grenzen. Gleich am ersten Tag seiner Amtszeit hat Bundesinnenminister

Dobrindt die Bundespolizei angewiesen, Flüchtlinge bei der Einreise aus einem sicheren Herkunftsland an der Grenze zurückzuweisen. Die illegale Migration und der Kontrollverlust an unseren Grenzen werden damit beendet – so hatte es die Union im Wahlkampf versprochen. Unserer humanitären Verantwortung kommen wir weiterhin nach: Vulnerable Gruppen, etwa Schwangere und Kinder, können sich weiterhin auf unseren Schutz und unsere Hilfe verlassen. Dennoch muss klar sein: Künftig entscheiden wir selbst, wer zu uns kommt und wer bleiben darf.

Wir brauchen zudem schlankere und effektivere Strukturen – auch die Politik darf sich davon nicht ausnehmen. Es ist deswegen ein gutes Signal, dass das neue Bundeskabinett gleich in der ersten Sitzung 25 der Sonderbeauftragten der Regierung ersatzlos gestrichen hat – eine Botschafterin für feministische Außenpolitik braucht niemand.

Herzliche Grüße

Dr. Jan-Marco Luczak, MdB
Kreisvorsitzender
CDU Tempelhof-Schöneberg

In dieser Ausgabe...

Seite 5

Supermarktbebauung
– Berlins verstecktes
Potenzial



Seite 7

Wirtschaftswende
für Deutschland



Seite 13

Mammutaufgabe:
Sanierung
Tempelhofer Damm



Seite 11

CDU sichert
Kleingärten
dauerhaft

Neue Art von Pollern entdeckt: Packstationen versperren Parkplätze

So einfach geht's:

-  Kostenlos registrieren auf dhl.de/packstation
-  Adresse einer Packstation bei der nächsten Bestellung angeben
-  Benachrichtigung empfangen und Paket abholen

Versand ohne
Registrierung
möglich!

Was wie ein Aprilscherz aussieht, meinen Grüne und SPD im Bezirk ernst: Künftig sollen nicht Autos, sondern Packstationen auf Parkplätzen parken. Gemeinsam eröffneten Vertreter beider Parteien auf einem städtischen Parkplatz am S-Bahnhof Priesterweg feierlich Deutschlands erste Poller-Packstation. Es ist eine Premiere, bislang stehen Packstationen nur auf Privatgrundstücken. Wie kam es dazu?

Wenige Wochen zuvor forderte die lokale SPD-Fraktion vom Bezirksamt, Packstationen künftig auch auf öffentlichen Gehwegen zu genehmigen. Nach anfänglichem Zögern entschloss sich die zuständige grüne Verkehrsstadträtin, Saskia Ellenbeck, die Sozialdemokraten kurzerhand vorzuführen. Statt das kastenförmige Gebilde auf einem Gehweg oder dezent seitlich zu positionieren, thront es inmitten zweier sonst einwandfrei nutzbarer Parkplätze – und blockiert diese. Ihr Argument: Es mache rechtlich keinen Unterschied, ob die Station auf Gehwegen oder Parkplätzen stehe – beides sei öffentliches Straßenland.

In der CDU-Fraktion ist man empört: „Was Grüne und SPD da machen, ist widersinnig. Am Priesterweg lassen Pendler ihr Auto stehen, um mit dem ÖPNV zur Arbeit zu fahren. Zudem gibt es dort im Sommer viele Kleingärtner. Der Parkplatz ist immer voll, in dieser Situation kann man doch nicht ohne Not einfach Parkplätze blockieren“, mahnt der CDU-Verkehrspolitiker Johannes Rudschies.

Und die Genossen? In der SPD versucht man, die Blamage wegzuwischen und macht auf der feierlichen Eröffnung gute Miene zum bösen Spiel. Ein wenig Spott kann sich Rudschies dabei nicht verkneifen: „Eine Arbeiterpartei, die sich selbst dafür feiert, Menschen den Weg zur Arbeit zu erschweren. Wer solche Freunde hat, braucht bald keine Feinde mehr.“

Supermarktbebauung – Berlins verstecktes Potenzial

Ein Kommentar der Bezirksstadträtin für Bauen und Wohnen Eva Majewski

Das Bauen auf Supermärkten ist ein Potenzial, das gehoben werden muss, um die Wohnungsnot in Berlin zu bekämpfen. Ähnliche Potenziale schlummern auch auf Sport- und Schwimmhallen, sowie allgemein auf unterausgenutzten Grundstücken in bester City-Lage. Was verhindert dies bislang?

Während alle Stakeholder das Ziel eint, gutes Wohnen mit örtlicher Nahversorgung möglichst in Arbeitsnähe zu ermöglichen, gibt es dennoch unterschiedliche Interessenlagen. Betreiber von Supermärkten konnten ihre Grundstücke noch zu günstigeren Preisen erwerben. Sie spüren kaum die finanzielle Notwendigkeit, diese weiter auszuschöpfen. Auch entspricht es nicht ihrem wirtschaftlichen Kernmodell, das eher in der Optimierung von Lieferketten und weniger in der Verwaltung von Wohnraum liegt. Müssen Gebäude jedoch umfangreich saniert werden, erlebe ich als Baustadträtin ein großes Interesse an der besseren Ausnutzung. Dann steht in einigen Fällen aber das Planungsrecht im Wege, was oftmals nur gewerbliche Bauten zulässt.

Partnerschaft mit Privatinvestoren als Lösung

In Nachverdichtungsquartieren städtischer Wohnungsbauunternehmen, wo immer schon ein Supermarkt für die Nahversorgung mitberücksichtigt wurde, ist hingegen keine weitere Motivation von uns als Behörde notwendig. Ein großer Wurf wäre es aber, wenn öffentliche Stellen und Wohnungsbau richtig zusammenarbeiten könnten: Öffentliche Stellen verfügen oft über baulich nicht ausgeschöpfte Grundstücke. Zugleich sind Bodenpreise auf dem freien Markt teuer. Entscheidend sind also Rahmenbedingungen, die eine Partnerschaft flexibel und ideologiefrei ermöglichen. Denn während Berlin mit den landeseigenen Unternehmen Möglichkeiten hat, jenseits des Haushaltes gemeinsame Sache zu machen, ist dieser Weg den Bezirken versperrt. Gerade diese leiden jedoch darunter, dass Investitionsmittel für Bauten auf einem eigenen Grundstück nur schleppend zur Verfügung gestellt werden. Wo also das



Bild: ©Tobias Koch

Land für seine eigenen Betriebe das Modell von ÖÖP (Öffentlich-Öffentlichen Partnerschaften; Bsp. Schulbau durch Howoge) fährt, brauchen Bezirke mindestens eine ebensolche Möglichkeit, besser noch die Befähigung zu ÖPP (Öffentlich-Privaten Partnerschaften).

Win-Win für Bezirke und Bauunternehmen

So wäre es möglich, den Schulterschluss zu üben: Bauunternehmer realisieren auf bezirklichen Grundstücken Wohnungsbau, integrieren darin im Gegenzug auch soziale Infrastruktur, von Räumen für Musikschulen und VHS über Begegnungsstätten für Familien oder Senioren – oder eben sogar Schulen und Ämter. Dieses Win-Win würde den Landeshaushalt von bisher notwendigen Mietzahlungen entlasten. So können dann entscheidende Potenziale geborgen werden: von Wohnungen auf Supermärkten über solche auf Schwimmbädern hin zu integrierten Lösungen funktionaler Quartiere mit Wohnungsbau, Versorgung und Infrastruktur.

Friedlicher 1. Mai?

Erneuter Anschlag auf CDU-Bürgerbüro von Dr. Jan-Marco Luczak

Im Zuge der Demonstrationen zum 1. Mai ist es erneut zu einem Anschlag auf das CDU-Bürgerbüro des Bundestagsabgeordneten Jan-Marco Luczak gekommen. Die Scheiben wurden eingeschlagen. Es ist bereits der dritte Anschlag innerhalb eines Jahres, der Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen. „Gewalt und Einschüchterungsversuche sind durch nichts zu rechtfertigen“, verurteilt Luczak den erneuten Angriff scharf.

Mutmaßlich drei Personen aus dem linken Spektrum sind für die Tat verantwortlich. Die Suche nach dem Täter-Trio durch die alarmierte Polizei verlief jedoch ergebnislos. Luczak verurteilte den Angriff und die zunehmende, gegen die CDU gerichtete Gewalt aufs Schärfste. „Unsere freiheitliche Demokratie lebt vom Streit



Bild: ©Blickpunkt

der Meinungen. Attacken gegen Büros von Abgeordneten oder Parteien sind absolut inakzeptabel. Dem muss unser Rechtsstaat mit aller Kraft entgegenreten“, erklärt Luczak.

Tätlicher Angriff im Wahlkampf

In den wiederholten Angriffen sieht er eine besorgniserregende Ent-

wicklung. Im Bundestagswahlkampf war es sogar zu tätlichen Angriffen gegen Wahlkämpfer der CDU in Tempelhof-Schöneberg gekommen. „Das erschüttert mich zutiefst und zeigt, dass die Polarisierung in unserer Gesellschaft zunimmt. Gewalt und Einschüchterungsversuche sind durch nichts zu rechtfertigen“, betont Luczak. Als Abgeordneter sei es seine Aufgabe, Probleme klar zu benennen. Dies müsse möglich sein, ohne dafür in eine rechte Ecke gestellt und Opfer derartiger Attacken zu werden. „Durch solche Anschläge wird versucht, Maßstäbe zu verrücken und Diskursräume zu verengen“, warnt Luczak.

Trotzdem zeigt sich Luczak unbeirrt: „Ich lasse mich weder einschüchtern noch mundtot machen. Ich kämpfe weiter für meine Überzeugungen, jetzt erst recht.“

AfD gesichert rechtsextremistisch

Luczak skeptisch gegenüber Verbotverfahren

Nachdem der Verfassungsschutz die AfD als gesichert rechtsextremistisch eingestuft hat, entbrennt die Debatte um ein Verbotverfahren neu. Der Rechtsexperte der CDU/CSU, Jan-Marco Luczak, bleibt jedoch skeptisch: „Die AfD ist keine normale Partei und sie darf auch nicht normalisiert werden. Die AfD ist rassistisch, antisemitisch und ein Feind der Demokratie.“ Den Gang nach Karlsruhe zum Bundesverfassungsgericht hält er jedoch für falsch: „Das beste Mittel gegen radikale Parteien ist immer noch gute Politik. Die AfD kann man nicht wegverbieten, man muss sie wegeregieren“, so Luczak.

Probleme mit Migration endlich lösen

Seine Erwartung an die neue Bundesregierung, aber auch an alle anderen Parteien der demokratischen Mitte formuliert er klar: „Eine gute Politik, die die Probleme im Land erkennt, anspricht und löst, ist das beste Ge-

genmittel gegen radikale Parteien. Deswegen müssen wir insbesondere bei der Migration zu substantiellen Veränderungen kommen.“

Eine Zusammenarbeit der Union mit der AfD schließt Luczak kategorisch aus: „Es wird keine Kooperation und keine Koalition mit der AfD geben. Das ist so, das bleibt so.“

Keine Kooperation mit AfD

Vertreter der AfD als Ausschussvorsitzende und Repräsentanten des Bundestages sind für ihn untragbar. Bei den jüngsten Wahlen hat Luczak keinem AfD-Kandidaten seine Stimme gegeben.

„Ein solches Amt zu bekleiden verlangt, die Werte unserer Demokratie und unseres Grundgesetzes zu verkörpern, im Denken wie im Handeln. Doch das Denken und Handeln der AfD steht in fundamentalem Widerspruch zu unseren Überzeugungen und zu



Bild: ©Jonathan Berger

dem, wofür wir und viele andere jeden Tag mit Leidenschaft und all unserer Kraft ringen: Für eine von einem freien und offenen Geist geprägte Gesellschaft, in der sich Menschen mit Respekt und Toleranz begegnen“, erklärt Luczak.

Bereits 2019 hatte er als Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Rechtsausschuss erfolgreich die Abwahl des damaligen AfD-Ausschussvorsitzenden Stephan Brandner organisiert.



Bild: ©Tobias Koch

Neustart in der Wirtschaftspolitik

Deutschlands Wirtschaft steckt in der Krise. Zwei Jahre Rezession, massiver Stellenabbau in der Industrie und sinkende Investitionen verdeutlichen, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland international nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Die CDU hat deshalb im Bundestagswahlkampf eine umfassende Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik versprochen – und nun erfolgreich im Koalitionsvertrag verankert. „Wir schaffen die Grundlage für neue wirtschaftliche Stärke, mehr Investitionen, weniger Bürokratie und steuerliche Entlastungen für Unternehmen, Arbeitnehmer und Verbraucher“, erklärt Jan-Marco Luczak.

Zur schnellen Entlastung der Unternehmen wird ein „Sofortprogramm Bürokratieabbau“ bis zum Ende des Jahres 2025 umgesetzt. Darin enthalten: Abschaffung unnötiger Berichtspflichten, der Bon-Pflicht und des nationalen Lieferkettengesetzes. Dadurch werden die Bürokratiekosten für die Wirtschaft bis Jahresende um 25 Prozent gesenkt. „Das allein entlastet die deutsche Wirtschaft um rund 16 Milliarden Euro pro Jahr“, erläutert Luczak.

Energiekosten zu hoch

Neben einer überbordenden Bürokratie leidet die deutsche Wirtschaft vor allem unter den im internationalen Vergleich zu hohen Energiekosten. Daher sieht der Koalitionsvertrag eine Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum und eine Reduzierung der Netzentgelte vor. Im Ergebnis werden die Unternehmen, aber auch alle privaten Verbraucher künftig bei den Stromkosten um mindestens fünf Cent pro Kilowattstunde entlastet.

Ein zentraler Hebel für neues Wachstum und mehr Beschäftigung sind Investitionen. Deshalb führt die neue Koalition einen Investitions-Booster ein: Unternehmen, die zwischen 2025 und 2027 in neue Maschinen oder Technik investieren, können 30 Prozent der Anschaffungskosten sofort steuerlich geltend machen. Ab dem 1. Januar 2028 werden die Unternehmenssteuern in fünf jährlichen Schritten um jeweils einen Prozentpunkt gesenkt. Das entlastet vor allem den Mittelstand und macht den Standort Deutschland wieder wettbewerbsfähig. „Mit dem Koalitionsvertrag 2025 beginnt ein

wirtschaftlicher Aufbruch, der Substanz hat – kein Symbolprogramm, sondern ein echter Kurswechsel“, betont Luczak.

„Leistung in den Mittelpunkt stellen“

Doch nicht nur Unternehmen profitieren von dem Politikwechsel, auch Arbeitnehmer werden für Fleiß und Leistungsbereitschaft künftig belohnt – mit steuerfreien Überstunden und der Aktivrente. Rentner können damit bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei hinzuverdienen. Gleichzeitig wird das sozial ungerechte Bürgergeld abgeschafft und durch eine neue Grundversicherung ersetzt. Diese legt einen klaren Fokus auf die Vermittlung in Arbeit, Verweigerer werden härter sanktioniert.

„Wir halten, was wir versprochen haben: Wir reformieren, wir investieren – und wir schaffen Vertrauen. Für Unternehmen. Für Beschäftigte. Für Verbraucher. Für ein starkes, modernes und wettbewerbsfähiges Deutschland“, resümiert Luczak das Wirtschaftsprogramm der neuen Bundesregierung.



Bild: ©BA Tempelhof-Schöneberg

Sport ist im Bezirk endlich wieder eine Priorität

Als Schul- und Sportstadtrat Tobias Dollase im Jahr 2021 sein Amt antrat, erklärten viele ihn für verrückt. Nach vielen Jahren unter Rot-Rot-Grün galt sein Amt als abgewirtschaftet, personell unterbesetzt und notorisch klamm. Doch innerhalb kürzester Zeit gelang es Dollase, zahlreiche Stellen neu zu besetzen und eine Aufbruchstimmung zu entfachen. Wir haben mit ihm gesprochen.

Blickpunkt: Welche Bedeutung hat der Sport für den Bezirk?

Dollase: In Tempelhof-Schöneberg bieten über 180 Sportvereine und Betriebssportgruppen insgesamt 59 Sportarten an. Neben traditionellen Bewegungsangeboten (Fußball, Handball, Basketball sowie Turnen, Schwimmen und Leichtathletik) gibt es Sportarten wie Rollkunstlaufen und Floorball. Sehr erfolgreich ist auch das E-Sport-Team von Berlin International Gaming. Dass Sport neben Bewegung, Spiel und Spaß eine Vielzahl von Gemeinwohlfunktionen wie Gesundheit, Integration oder Sozialisation ausbildet, ist bekannt. Erfolgserlebnisse, aber

auch das Gemeinschaftsgefühl im Sportverein, können beflügeln. Und zwar nicht nur im Zusammenhang mit sportlichen Leistungen. Eine vielfältige Vereinslandschaft ist zudem ein wichtiger Baustein und Motor für die Sportentwicklung im Bezirk. Gleichzeitig stellen Sportvereine eine wesentliche Stütze für Demokratie und Ehrenamt dar. Der Sport wird daher auch gerne als der Kitt der Gesellschaft bezeichnet. Weniger beachtet wird zudem, dass der Sport neben seinem Bewegungsangebot auch der größte Bildungsträger im Land ist. Wir freuen uns, dass der Landessportbund Berlin seine Gerhard-Schlegel-Sportschule im Bezirk hat.

Sport als „Kitt für die Gesellschaft“

Blickpunkt: Schön, dass der Bezirk den Sport endlich wieder wertschätzt. Aber wie schlägt sich das in der Realität nieder – wie fördert der Bezirk den Sport aktiv?

Dollase: Wir sind in Tempelhof-Schöneberg mit unserem breiten Sportangebot gut aufgestellt. Sport ist

in jedem Alter wichtig, deshalb bleiben wir da sprichwörtlich am Ball, um das Angebot noch weiter auszubauen. Alle Berliner Bezirke stellen zum Beispiel ihre Sportstätten den Sportvereinen kostenfrei zur Verfügung. Tempelhof-Schöneberg hat sich zudem mit Erfolg als ein Testbezirk für das berlinweite Vorhaben „Transparente Sportstättenvergabe“ eingebracht, das demnächst eingeführt werden soll. Damit können die Sportvereine die Auslastung der Sportstätten besser nachvollziehen.

Regelmäßig findet ein Austausch mit dem Bezirkssportbund Tempelhof-Schöneberg statt, um sich über Aktivitäten und Pläne zu informieren und auszutauschen. Auch mit dem Landessportbund Berlin sowie dem Deutschen Olympischen Sportbund gibt es gute Kontakte.

Blickpunkt: Gibt es darüber hinaus noch Konzepte zur Sportförderung?

Dollase: Mit verschiedenen Formaten würdigen wir erfolgreiche Leistungen unserer Sportlerinnen und Sportler im Bezirk, alljährlich



Stadtrat Tobias Dollase

Bild: ©Hochschild

findet daher im Frühjahr unsere Sportehrerung statt. Im Rahmen dieser Ehrungsveranstaltung wird auch der „Preis für Mädchen- und Frauenförderung im Sport in Tempelhof-Schöneberg“ verliehen. Ebenso haben wir ein bezirkliches Frauen- und Mädchensportfest eingeführt, um noch mehr Mädchen und Frauen für den Sport zu gewinnen. Jährlich werden von Seiten des Bezirkes Pokalspenden für Veranstaltungen der Sportvereine und den Schulsport zur Verfügung gestellt. Tempelhof-Schöneberg beteiligt sich aber auch an berlinweiten Programmen wie „Berlin hat Talent“ und „Sport im Park“.

Sporthallen im Winter als Spielplatz für alle geöffnet

Als ein großer Erfolg erweist sich zudem das Projekt Winterspielplätze, mit dem der Bezirk ein Angebot für Familien mit kleinen Kindern auch in der kalten Jahreszeit geschaffen hat. Über die Winterzeit öffnen jeden Sonntag ausgewählte Sporthallen, in denen sich Kinder unter Anleitung von Übungsleiterinnen und -leitern auspowern können.

Und zwar kostenfrei. Sie sehen, wir wollen zum einen sportliche Erfolge sichtbar machen und zum anderen weitere Bewegungs-Begeisterte motivieren, mitzumachen.

Blickpunkt: Es ist schön, wenn ein Bezirk den Vereinen Sportstätten und -plätze kostenlos zur Verfügung stellt. Immer wieder hört man aber auch, in Berlin seien die Sportstätten in einem desolaten Zustand. Wie großzügig ist dieses bezirkliche Geschenk für die Vereine wirklich?

Dollase: Seit meinem Dienstantritt im Oktober 2021 wird das Thema Sanierung sowie Neubau von Sportanlagen priorisiert. Wir sind auf einem guten Weg, den hohen Sanierungsstau aus den vergangenen Jahren aufzulösen. Etliche Projekte wie zum Beispiel die Erneuerung der beiden Kunstrasenplätze im Volkspark Mariendorf sowie die Sportanlage Markgrafenstraße konnten wir zuletzt bereits umsetzen. In diesem Jahr stehen die seit Jahrzehnten gewünschten Sanierungsarbeiten auf dem Sportgelände Halker Zeile an. Hierfür setzt der Bezirk 1,8 Millionen Euro

ein. Und im nächsten Jahr soll die Sanierung des Kunstrasenplatzes in der Monumentenstraße erfolgen.

Zahlreiche Sanierungen, Instandsetzungen und sogar Hallenneubauten

Zudem bekommt der Bezirk zusätzliche Sporthallen. Im Bau befinden sich bereits eine neue Dreifelder-Schulsporthalle in der Lutherstraße sowie in der Otzenstraße. Ebenso wird aktuell eine doppelte Dreifelder-Schulsporthalle mit dem Neubau der Schule in der Eisenacher Straße errichtet. Eine fünfte Dreifelder Schulsporthalle wird am Perelsplatz errichtet und eine sechste ist an der Halker Zeile bereits beantragt. Der Bezirk investiert intensiv in seine Sportflächen, sowohl in die Sanierung als auch in den Neubau.

Blickpunkt: Was plant Ihr Amt für die Zukunft und möglicherweise für Olympia in Berlin?

Dollase: Mit der personellen Vollbesetzung im Fachbereich Sport sind die Weichen für die Zukunft gut gestellt. Unsere Sportvereine haben kompetente Ansprechpartner, die sich um ihre Belange kümmern. Für eine mögliche Bebauung des Tem-



Bild: ©BA Tempelhof-Schöneberg

pelhofer Feldes wurden bereits die umfassenden Bedarfe von Seiten des Sportes angemeldet. Denn neben einer Wohnbebauung bedarf es ebenso dringend zusätzlicher Sportflächen in diesem Bereich. Und vielleicht kann beides ja auch kombiniert werden als sportliches Dorf für Olympische und Paralympische Spiele im Rahmen der Berliner Bewerbung.

Grün-Rot-Rot verweigert bezirkliches Sicherheitskonzept

CDU in großer Sorge um die Sicherheitslage



Klaus Hackenschmied vor Ort

Bild: ©Tobias Koch

Die CDU sieht die Kriminalitäts-Entwicklung im Schöneberger Nord-Westen mit großer Sorge. Angesichts zunehmender Gewalt, steigender Einbruchskriminalität, wachsender Drogenprobleme und Obdachlosigkeit hat die CDU-Fraktion das Bezirksamt aufgefordert, ein umfassendes Sicherheits- und Präventionskonzept zu erarbeiten. Doch Grüne, SPD und Linkspartei blockieren.

Das Konzept sollte konkrete Maßnahmen aufzeigen, wie der Bezirk die Situation nachhaltig verbessern und den betroffenen Menschen Schutz und Unterstützung bieten kann. Die Sicherheitslage rund um den Nollendorfplatz und entlang der Bülowstraße hat sich in den letzten Jahren allein mit zwei Schießereien innerhalb

von sechs Monaten dramatisch verschärft.

Besonders hoher Anstieg bei queerfeindlichen Angriffen

Besonders besorgniserregend ist der massive Anstieg der Gewalt gegen queere Personen, die in diesem Viertel ein besonderes Schutzbedürfnis haben, wie im aktuellen Maneo-Bericht für 2024 ist nachzulesen ist. „Die Politik darf hier nicht einfach tatenlos zusehen – wir müssen entschlossen handeln, um diesen Raum für alle Menschen sicherer zu machen“, sagt der queerpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg, Klaus Hackenschmied.

Sein Kollege, der CDU-Bezirksverordnete Carsten Buchholz, ergänzt: „Die Bemühungen des Bezirks, die Sicherheit im Kiez zu verbessern, waren bislang höchstens halbherzig. Eine Polizeiwache wurde von der Zählgemeinschaft abgelehnt. Doch so kann die Situation nicht bleiben.“ Deshalb müsse der Bezirk jetzt alle Akteure im Kiez an einen Tisch bringen und gemeinsame Konzepte entwickeln. Die Grün-Rot-Rote Mehrheit aber verweigert sich der Realität, sieht lieber weg und lehnt die Vorlage eines bezirklichen Sicherheitskonzepts ab.

Brunnen auf dem Wittenbergplatz: Geschichte eines Scheiterns



Bild: ©Johannes Rudschies

Früher eine Zierde, heute Müllablageplatz: Die Brunnen auf dem Wittenbergplatz. Seit der Havarie 2022 lässt die grüne Stadträtin Saskia Ellenbeck sie systematisch verwahrlosen. Noch nicht mal ein Schadensgutachten konnte sie erstellen. „Auf unsere Nachfragen reagiert das Amt mit Ausflüchten und Ausreden, am Ende steht schlichtweg Arbeitsverweigerung“, so der Bezirksverordnete Ralf Olschewski. Denn genug Geld ist vorhanden. Stattdessen bemüht sich Ellenbeck mit bürokratischem Geschick, Parkplätze mit Parkscheinautomaten zu blockieren. „Das ist die falsche Priorität“, so Olschewski - die CDU würde sich wünschen, dass die Grünen diese Kreativität und Energie in die Sanierung der Brunnen auf dem Wittenbergplatz investieren.

Aus dem Bezirksparlament

BVG-Streik: Busspuren freigeben!



Bild: ©AJKFEM

Mehrere Streiks bei der BVG! Wer sonst im ÖPNV unterwegs war, musste umsteigen: aufs Rad, die S-Bahn oder das eigene Auto. Damit der Verkehr trotz höheren Aufkommens weiterhin fließen kann, hat die CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg vorgeschlagen, bei Streiks die Busspuren für Pkws freizugeben, denn dann fahren keine Busse. „Doch Grün-Rot-Rot hat auch diesen Vorschlag für eine bürgernahe Verkehrspolitik abgelehnt“, so die Verkehrspolitiker Rudschies und Buchholz enttäuscht.

Jugendverkehrsschule weiter gesichert



Bild: ©Frantisek Krejci

Bereits seit einigen Jahren ist die Zukunft der Jugendverkehrsschule am Schöneberger Sachsendamm fraglich, weil der Grundstückseigentümer dort andere Pläne hat und die bezirkliche Nutzung kündigen will. Doch CDU-Baustadträtin Eva Majewski ist es jetzt gelungen, die Kündigung erneut um ein Jahr zu verschieben. Dies gibt dem Bezirk mehr Zeit, ein Ersatzgrundstück für die Verkehrsschule zu suchen, damit die Verkehrserziehung in Schöneberg dauerhaft gesichert ist.

Keine neue Diskussion um die Kolonie Zähringer Korso!

CDU hält Wort für Sicherung der Kleingartenanlage

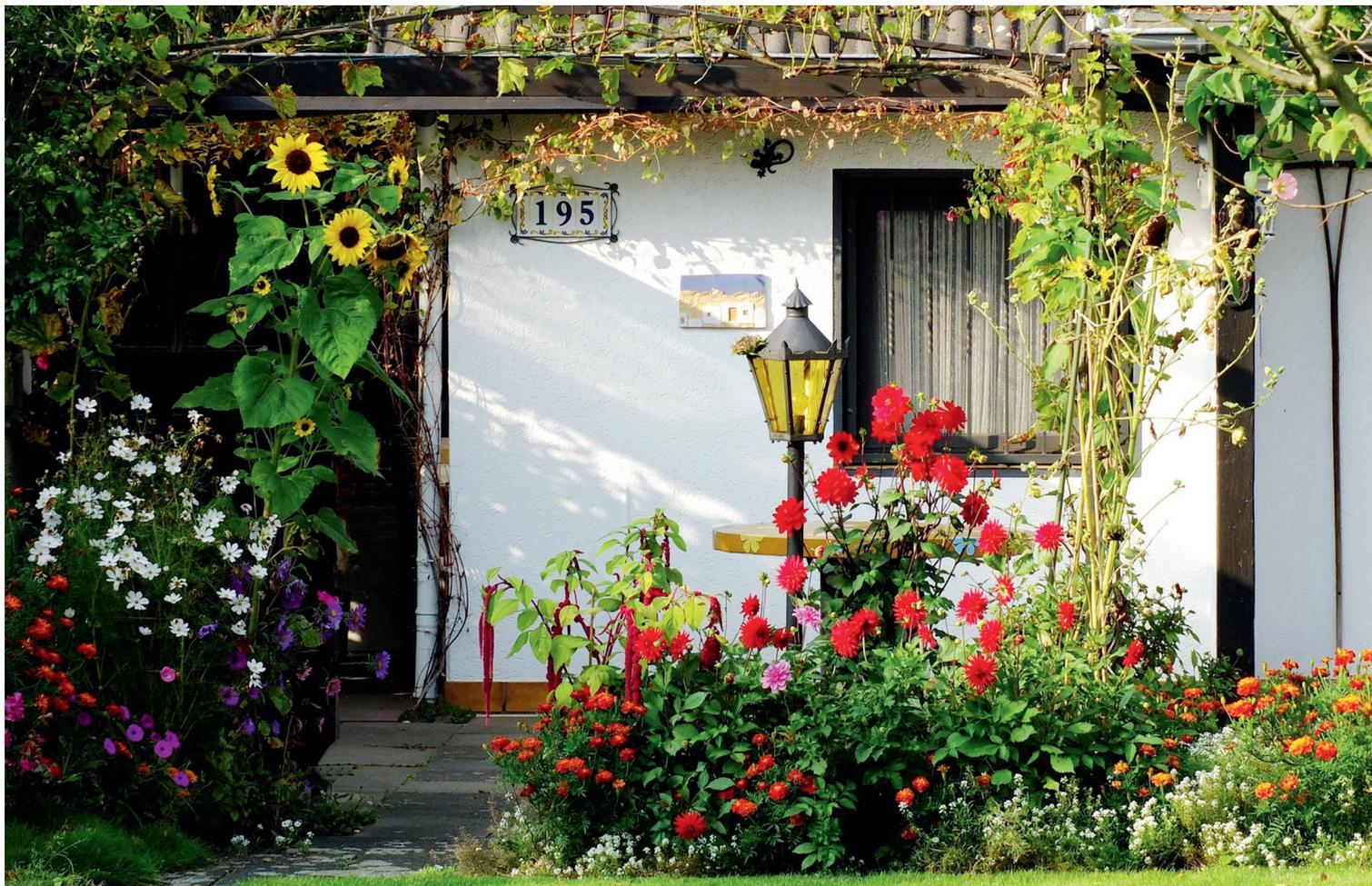


Bild: ©Schueler Design

Immer wieder gibt es harte Diskussionen, wenn Kleingartenflächen für Schulen, Sportanlagen oder Wohnungsbau in Anspruch genommen werden sollen. Dies ist die Folge der wachsenden Stadt, die natürlich zusätzlichen Bedarf an öffentlicher Infrastruktur oder Wohnungsbau auslöst. Dies galt auch für die Kleingartenkolonie Zähringer Korso, für die eine Sportplatzplanung aus dem Jahr 1958 existierte.

Diese Planung wurde 2019 aufgegeben, da es nicht ausreichend Geld für die Instandsetzung bestehender Sportanlagen und schon gar nicht für zusätzliche Einrichtungen gibt. Daran hat sich bis heute nichts geändert, die Kleingartenanlage, gilt seit Beginn des neuen Jahrzehnts als Dauerkleingartengelände. Dies wurde

nun kurzfristig vom Bezirksamt mit seinem neuen Planungsinstrument, der Bereichsentwicklungsplanung, wieder in Frage gestellt. Die Folge war erhebliche Unruhe in der Kleingartenanlage, die unverhofft wieder ihre Existenz bedroht sieht.

Kein Wortbruch – CDU bekennt sich zu Kleingartenanlage

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU in Tempelhof-Schöneberg, Ralf Olschewski, bekennt sich allerdings zur dauerhaften Nutzung der Fläche als Kleingartenkolonie: „Die CDU steht hier zu Ihrem Wort und das bedeutet: Die Kleingartenanlage bleibt dauerhaft gesichert. Das sind wir den Menschen nach den Zusagen der Vergangenheit schuldig.“ Man habe deshalb gemeinsam mit der SPD



Ralf Olschewski, stellv. Vorsitzender der CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg

Bild: ©Tobias Koch

beschlossen, die „Uraltplanung von 1958“ durch einen aktuellen Bebauungsplan zu verändern und die dauerhafte Sicherung der Kleingartenanlage auch planungsrechtlich zu sichern. Dem Zähringer Korso ist ein schöner Sommer mit entspannten Gartenfesten zu wünschen, die CDU hat dazu ihren politischen Beitrag geleistet.

Tempelhofer Parkfriedhof soll Grünanlage werden – Barbarossaplatz dagegen nicht



Bild: ©Pexels

Die Nutzung des bisherigen Parkfriedhofs als Friedhofsanlage läuft 2026 aus. Die CDU wünscht sich die Nutzung der Flächen als öffentliche Grünanlage. Grund für den Vorstoß ist immer mehr Wohnungsbau in den Ortsteilen Mariendorf und Tempelhof.

„Der Parkfriedhof ist eine grüne Oase in einem stark verdichteten Stadtteil. Angesichts des Klimawandels und hoher Temperaturen müssen wir bestehende Grünflächen schützen und sinnvoll weiterentwickeln“, erklärt der stellv. Fraktionsvorsitzende der CDU im Bezirk, Ralf Olschewski. Die Neuerrichtung vergleichbarer Grünflächen an anderer Stelle würde dagegen Jahrzehnte in Anspruch nehmen und

hohe Kosten verursachen. Der mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD beschlossene Antrag fordert das Bezirksamt auf, bis spätestens Ende 2025 ein grobes Konzept vorzulegen, wie die künftige Nutzung und Gestaltung des Parkfriedhofs ab 2027 erfolgen soll. Das ist ein Schritt für mehr Lebensqualität im Ortsteil Tempelhof, da ist sich die CDU ganz sicher.

Anders stellt sich die Situation in Schöneberg am Barbarossaplatz dar. Dort wollte die grüne Verkehrsstadträtin einen Großteil der Straßen für den Verkehr schließen und hunderte Parkplätze entfernen. Im Sommer 2024 gelang es aber der CDU-Fraktion, die Schließung der Eisenacher Straße und die Vernichtung der Parkplätze in einem „jetzt schon mit Parkplätzen unterversorgten Gebiet“ zu verhindern.

Als Reaktion auf die Pläne der Verkehrsstadträtin bildete sich gleichzeitig eine in diesem Kiez aktive Interessengemeinschaft, die kritisch auf die verkehrspolitischen Maßnahmen



Bild: ©Blickpunkt

des grün-geführten Bezirksamtes in Schöneberg blickt.

Nun hat das Bezirksamt bestätigt, auf Druck der CDU und der Anwohner die Eisenacher Straße doch nicht durch Poller sperren zu wollen und beim Umbau des Platzes den Parkplatzverlust an einer Minimalvariante zu orientieren. Olschewski mahnt dennoch zu Wachsamkeit: „Wir alle wissen, dass Grüne beim Schikanieren von Autofahrern echte Überzeugungstäter sind. Die CDU wird deshalb gemeinsam mit der Interessengemeinschaft Barbarossaplatz bei allen Maßnahmen zur Umgestaltung des Platzes prüfen, ob die Beschlüsse der BVV auch wirklich umgesetzt werden.“

Ausbau des St. Joseph-Krankenhauses

Auf dem Weg zu einem Leuchtturm in der Gesundheitsversorgung

Welchen Wert eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung hat, weiß man in der Regel erst im Notfall. Aber auch lang geplante Operationen möchte man nicht unbedingt im Krankenhaus „jwd“ durchführen. Auf der anderen Seite sind die Sparzwänge enorm. Die Krankenhausreform der Ampel führt dazu, dass deutschlandweit zahlreiche Krankenhäuser schließen.

In Tempelhof kennen wir uns mit der Thematik aus: Nach dem Rot-Kreuz-Krankenhaus Marienheim wird auch das traditionsreiche Wenckebach-Krankenhaus viele seiner Abteilungen ins AVK verlagern und absehbar kein Krankenhaus mehr sein. Für Tempelhof ein Verlust!

Erfreulicher ist, dass das bekannte St. Joseph-Krankenhaus (SJK) in Tempelhof – entgegen dem allgemeinen Trend – seine Kapazitäten stark ausbauen

wird. Denn das St. Franziskus-Krankenhaus wird ins SJK integriert. Die Umbauten, vor allem im Bereich der Wintgensstraße, sind bereits in vollem Gange. Bis Ende 2028 soll der Bau beendet sein. Am Ende steht ein Zuwachs von rund 230 Mitarbeitern und etwa 150 zusätzlichen Betten.

Baumaßnahmen sorgen für Verdruss bei Anwohnern

Dass die Baumaßnahmen für Anwohner ein Ärgernis darstellen, ist unbestritten. Wer hat schon gern eine Baustelle jahrelang direkt vor der Nase? Auf der anderen Seite steht der Zugewinn an medizinischer Versorgung: Neben den bisherigen „klassischen“ Abteilungen wie Geburtshilfe werden die Bereiche Urologie, Gefäßchirurgie sowie Schmerz- und Palliativmedizin aus dem Franziskus-Krankenhaus übersiedeln.

Auch die Notfallaufnahme des SJK wird verlagert und Kapazitäten ausgebaut. Am Ende steht ein Krankenhaus mit einem Maximalangebot an Leistungen zur Verfügung, das für Tempelhof und darüber hinaus zu einem neuen Leuchtturm in der Gesundheitsversorgung werden kann. Dies gilt es zu unterstützen.



Guido Pschollkowski ist gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg

Bild: ©Studio Schmidt-Dominé



Verkehrschaos verhindert

Sanierung am Tempelhofer Damm: CDU sichert Durchfahrt

Von Frank Luhmann MdA

Ab 2027 beginnt die umfassende Sanierung des Tempelhofer Damms zwischen Platz der Luftbrücke und dem S-Bahnhof Tempelhof. In einem Zeitraum von mindestens zehn Jahren werden Wasserleitungen, Versorgungsleitungen sowie die Abdichtung des U-Bahn-Tunnels der Linie U6 grundlegend erneuert – eine der größten Infrastrukturmaßnahmen auf einer der wichtigsten Nord-Süd-Achsen Berlins.

Ursprünglich plante der rot-grün-rote Vorgängersenk eine Einbahnstraßenregelung mit zwei Spuren nur stadtauswärts – ein Konzept, das faktisch eine zehnjährige Abschottung Tempelhofs vom innerstädtischen Verkehr bedeutet hätte. Umleitungsstrecken über Wohngebiete wie Wilhelm-Kabus-Straße oder General-Pape-Straße hätten täglich bis zu 30.000 zusätzliche Fahrzeuge aufgenommen – mit erheblichen Belastungen für Anwohnende, massivem Staurisiko am Südkreuz und gefährdeten Rettungswegen für Polizei und Feuerwehr.

Durch das entschlossene Engagement der CDU – im Bezirk, im Abgeordnetenhaus und auf Senatsebene – konnte diese Fehlplanung gestoppt werden. Die Senatsverwaltung für



Bild: ©Tobias Koch

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) unter CDU-Senatorin Ute Bonde verfolgt nun die vernünftige und verkehrssichere 2/2-Spurenlösung: Zwei Spuren pro Fahrtrichtung bleiben auch während der Bauzeit erhalten. So wird nicht nur der Durchgangsverkehr geregelt, sondern auch der Ausweichverkehr in die umliegenden Wohngebiete vermieden.

Ein wichtiger Bestandteil der neuen Planung ist die Verbreiterung der Fahrspuren auf drei Meter – eine Verbesserung um jeweils 50 Zentimeter pro Spur. Damit wird der Verkehrsfluss deutlich verbessert und die Hauptverkehrsstraße leistungsfähiger gestaltet. Nur so können Nebenstraßen dauerhaft entlastet und Anwohnende vor Aus-

weichverkehren geschützt werden.

Für die Umsetzung dieser Lösung müssen ca.50 Bäume zusätzlich gefällt werden. 150 müssten so oder so, egal bei welcher Variante, gefällt werden. Die Bäume auf dem Mittelstreifen müssen etwa gefällt werden, um Raum für temporäre Fahrspuren zu schaffen. Die ökologische Bilanz wurde im Vorfeld geprüft: Während die Bäume in zehn Jahren rund neun Tonnen CO2 gebunden hätten, würde die von den Grünen vorgeschlagene Einbahnstraßenlösung durch Dauerstau rund 30.000 Tonnen zusätzlich verursachen. Nach Abschluss der Arbeiten sind umfangreiche Neupflanzungen vorgesehen.

Mit dieser Entscheidung wird sichergestellt, dass die Infrastrukturmaßnahme nicht zur Belastung für Tempelhof und angrenzende Stadtteile wird. Feuerwehr und Rettungsdienste behalten freie Fahrt, Anwohnerinnen und Anwohner werden vor übermäßiger Lärm- und Abgasbelastung geschützt, und Berlin erhält eine modernisierte, funktionale Verkehrsachse. Die CDU steht damit für eine pragmatische Verkehrspolitik, die Mobilität, Sicherheit und Lebensqualität vereint – und dabei alle Verkehrsteilnehmer im Blick behält.

Das Kita-Chancenjahr: Mehr Bildung für mehr Kinder

Von Roman Simon MdA, kinder- und familienpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion



Bild: ©Blickpunkt

Im Berliner Koalitionsvertrag haben CDU und SPD vereinbart, das Kita-Chancenjahr einzuführen. Ziel ist, Kinder bestmöglich auf den Schulstart vorzubereiten. Dazu soll möglichst frühzeitig ein niedrighschwelliger Zugang in das System der frühkindlichen Bildung geschaffen und so die Zahl der Kin-

der, die weder Kindergarten noch Tagesmutter bzw. –vater besuchen, reduziert werden.

Mit der Schulgesetzänderung vom August 2024 wurde zunächst die vorschulische Sprachförderung von 25 auf 35 Stunden pro Woche erweitert. Dies gilt für alle Kinder, die zum Schuljahr 2026/2027 eingeschult und bei festgestelltem Bedarf ihre vorschulische Sprachförderung zum 1.2.2025 beginnen.

Aber nicht nur das Abgeordnetenhaus, sondern auch die von Katharina Günther-Wünsch geführte Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie hat seit der Regierungsübernahme ordentlich gearbeitet: So sind z.B. die Informationen zur vorschulischen Sprachförderung, also zum Kita-Chancenjahr, nun un-

ter www.berlin.de auf bis zu neun Sprachen abrufbar.

Kita-Gutschein als Willkommensgeschenk

Weitere Gesetze und Verordnungen sollen noch geändert werden, denn u.a. soll im Rahmen der Einführung des Kita-Chancenjahrs künftig allen Familien zum dritten Geburtstag eines Kindes ein Kita-Gutschein als Willkommensgutschein zugeschickt werden. Einen Antrag für einen Kita-Gutschein brauchen die Familien dann künftig nur noch zu stellen, wenn sie eine Betreuung in einem Kindergarten oder bei einer Tagesmutter bzw. –vater vor dem dritten Geburtstag wünschen oder eine längere Betreuungszeit brauchen als im Willkommensgutschein ausgewiesen ist.

Die Sanierung des Ankogelbades kommt!

Von Scott Körber MdA

Eines der größten Sorgenkinder im Süden des Bezirks ist das Kombibad Mariendorf im Ankogelweg. Über Jahre kam es in dem maroden Bad zu außerplanmäßigen Schließzeiten und Schäden an den technischen Anlagen. Zuletzt sorgte ein Brand, bei dem chemische Dämpfe weite Teile des Gebäudes kontaminierten, für die Schließung. Nun hat die CDU die Sanierung erwirkt.

Aufgrund der unklaren Kostenlage nach dem Brand hatten die Berliner Bäderbetriebe die ursprünglich bereits für das Jahr 2024/2025 geplante Sanierung zurückgestellt. Seit Jahresbeginn haben wir uns als Abgeordnete aus Tempelhof-Schöneberg sowie mit den Kollegen der SPD dafür eingesetzt, dass die Sanierung des Ankogelbades endlich angegangen wird. Ebenso haben wir den Bäderbetrieben vermittelt, dass wir von der parlamentarischen Seite aus gerne die notwendige Unterstützung leisten würden, um dieses Ziel schneller zu erreichen.



Bild: ©Blickpunkt

Die vielen Gespräche haben sich gelohnt: Im März beschlossen die Bäderbetriebe, dass die Sanierung endlich ausgeschrieben wird. Nun müssen letzte Einzelheiten bezüglich der Förderung auf Bundesebene geklärt werden, bevor es losgeht.

Wichtiges Signal für Schul- und Vereinssport

Die Entscheidung ist ein wichtiges Signal für den Schwimmsport im Süden Tempelhofs, aber auch über die Grenzen des Bezirks hinaus. Seit Jahren leisten die Ehrenamtlichen in den Vereinen Außerordentliches, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Gleiches gilt für Lehrer, die trotz der logistischen Herausforderungen den Schwimmunterricht weiter ermöglichen. Doch auch für Anwohner ist es ein wichtiges und positives Zeichen, wenn das Ankogelbad als zentraler Anlaufpunkt für die Naherholung möglichst bald und frisch saniert wieder in Betrieb geht.



Bild: ©Marcel Oehlmen

Was wird aus der Zeitenwende nach Scholz?

Ein Blick in den Koalitionsvertrag

Von Jan Vroomen



Bild: ©Herman Kollinger

Soldaten, die das schwere Gerät bedienen können.

Nationale Sicherheitsarchitektur ein Meilenstein

Ein wichtiges Vorhaben der CDU wird dagegen umgesetzt - die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrats im Kanzleramt, um die sicherheitspolitische Koordination zwischen den Ministerien und Behörden zu verbessern und Entscheidungen zu verkürzen. Gerade in Krisenfällen ist ein solches Organ unabdingbar.

Positiv zu bewerten sind die klare Priorisierung der Verteidigung, die geplante Erhöhung der Ausgaben, die Modernisierung der Bundeswehr und die Stärkung der Verteidigungsindustrie.

Kritisch bleibt, dass die Wehrpflicht nicht zurückkehrt und der Wehrdienst freiwillig bleibt. Hier hat sich die SPD durchgesetzt, was bereits jetzt ein Problem in der Personalgewinnung der Bundeswehr ist. Insgesamt spiegelt der Vertrag einen pragmatischen Kompromiss wider: Die Union konnte zentrale Forderungen bei Finanzen, Struktur und internationaler Ausrichtung durchsetzen, musste aber beim Thema Wehrpflicht deutliche Zugeständnisse machen.

Der Koalitionsvertrag zwischen der CDU/CSU und der SPD bedeutet auch Änderungen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Doch hat sich die CDU mit ihrem klaren Bekenntnis zu Bundeswehr, Nato und der Ukraine durchgesetzt? Oder hat sie gegen die traditionell bundeswehrkritische SPD den Kürzeren gezogen?

Die gute Nachricht zuerst: Die Koalition bekennt sich klar zur Stärkung der Bundeswehr und zur Erfüllung der NATO-Fähigkeitsziele. Die Verteidigungsausgaben sollen bis zum Ende der Legislaturperiode „deutlich und stringent steigen“, konkrete Prozentzahlen wie das 2%-Ziel der NATO werden aber nicht genannt. Da die Finanzierung außerhalb der Schuldenbremse erfolgen soll, gibt es größere finanzielle Spielräume für Investitionen in die Bundeswehr. Die Modernisierung und bessere Ausstattung der Bundeswehr stehen im Mittelpunkt, inklusive beschleunigter Beschaffungsprozesse und Investitionen in Infrastruktur und Personal.

Der spürbar gute Wille setzt sich fort. Die Koalition sieht die Landes- und Bündnisverteidigung als zentrale Aufgabe und will die Bundeswehr zu einem Vorbild innerhalb der NATO machen. Die Bedrohung durch Russland wird explizit benannt, was eine klare sicherheitspolitische Ausrich-

tung signalisiert.

Wehrdienst: Freiwilligkeit statt Pflicht

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eines Dienstjahres ist allerdings nicht vorgesehen. Stattdessen wird ein „attraktiver Wehrdienst“ nach schwedischem Vorbild eingeführt, der zunächst auf Freiwilligkeit basiert. Während also die deutsche und europäische Verteidigungsindustrie gestärkt werden soll, etwa durch strategische Beteiligungen des Bundes, vereinfachten Kapitalzugang und beschleunigte Rüstungsexportgenehmigungen, fehlen auch in Zukunft



Bild: ©Simone vom Feld

Für Sie vor Ort



KREISVERBAND TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

CDU TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin
Kreisgeschäftsführer: Patrick Reichardt
Telefon: 030 751 33 88 | info@cdu-ts.de
www.cdu-ts.de

CDU-FRAKTION TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Rathaus Schöneberg, Raum 3054
John-F.-Kennedy-Platz | 10820 Berlin
Telefon: 030 784 83 96 | info@cdu-fraktion-ts.de
www.cdu-fraktion-ts.de

BÜRGERBÜRO DR. JAN-MARCO LUCZAK MDB

Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin
Telefon: 030 757 04 264
jan-marco.luczak@bundestag.de
www.luczak-berlin.de

KATHARINA SENGE MDA

Winterfeldtstraße 20 | 10781 Berlin
Telefon: 0151 542 73 477
post@katharina-senge.de
www.katharina-senge.de

FRANK LUHMANN MDA

Bacharacher Straße 35 | 12099 Berlin
Telefon: 030 751 33 88
info@frank-luhmann.de
www.frank-luhmann.de

BÜRGERBÜRO ROMAN SIMON MDA

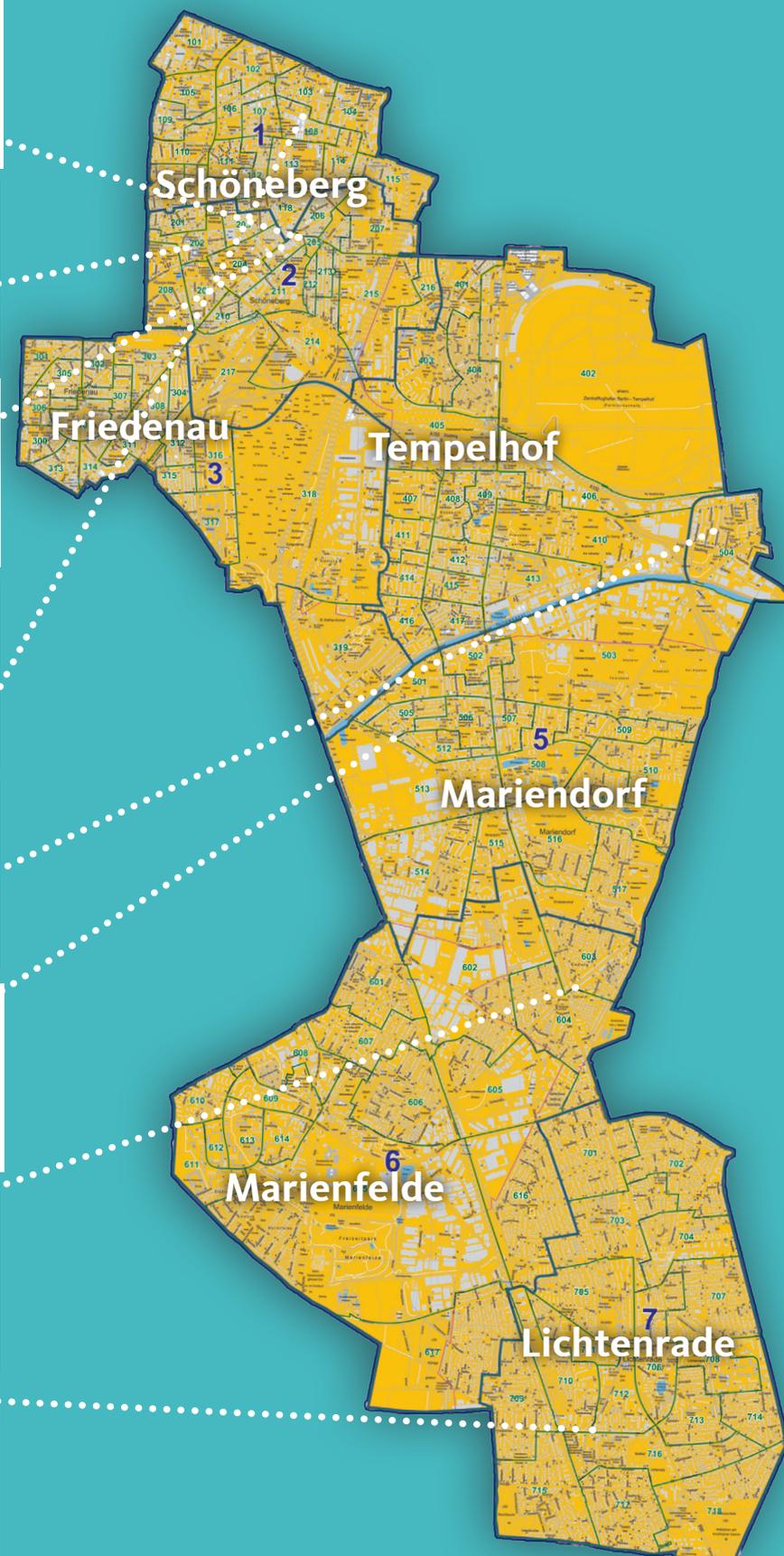
Kaiserstraße 144 | 12105 Berlin
Telefon: 030 74 00 1591
info@romansimon.de
www.romansimon.de

BÜRGERBÜRO SCOTT KÖRBER MDA

Tauernallee 4 | 12107 Berlin
Telefon: 030 74 00 1590
kontakt@scottkoerber.de
www.scottkoerber.de

BÜRGERBÜRO CHRISTIAN ZANDER MDA

Bahnhofstraße 10 | 12305 Berlin
Telefon: 030 499 25 895
info@christian-zander.de
www.christian-zander.de



blickpunkt IMPRESSUM/BILDHINWEISE

HERAUSGEBER: CDU Tempelhof-Schöneberg, Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin
info@cdu-ts.de | www.cdu-ts.de | Vi.S.d.P.: Dr. Jan-Marco Luczak MdB
REDAKTIONSSCHLUSS: 15. Mai 2025

REDAKTION: Chefredakteur: Johannes Rudschies | redaktion.blickpunkt-ts@cdu-ts.de
LEKTORAT: Denis McGee | SATZ/LAYOUT: André Laurman-Urbanski | DRUCKEREI: H. Heenemann
ALLGEMEINER HINWEIS: Die Redaktion ist Inhaberin der Bildrechte, falls keine gesonderten Urheber- oder Quellenverweise benannt sind. Bildverwertungen sind nur mit Genehmigung und Quellenangabe zulässig.